



Siebenbürgisch-Deutsches

Tageblatt

Schriftleitung und Verwaltung:
Hermannstadt, Seltauer-
gasse 23.
Postsparkasse Nr. 1305.
Fernsprecher:
Schriftleitung Nr. 11.
Verwaltung Nr. 21.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Son-
und Feiertage.

Bezugspreis
für Hermannstadt:
monatlich 1 K 70 h,
vierteljährlich 5 K
ohne Zustellung ins
Haus; mit Zustellung
monatlich 2 K, 1/2 Jhr. 6 K;
mit Postverendung:
für das Inland:
vierteljährlich 7 K;
für das Ausland:
vierteljährlich 7 Mk., 10 Gros.
Einzelne Nummer 10 h.

Bezugsbestellungen
und Anzeigen
übernimmt außer der
Hauptstelle
Seltauer-gasse 23 jeder
Zeitungsverleiher
und jede Anzeigen-
vermittlungsstelle des
In- und Auslandes.

Anzeigenpreis:
Der Raum einer ein-
spaltigen Zeile
kostet beim einmaligen
Einrücken 14 h, das
zweitemal je 12 h, das
drittemal je 10 h.
Bei größeren Auf-
trägen entsprechender
Nachsch.
Beilagen nach Ueber-
einkommen.

Nr. 13059

Hermannstadt, Donnerstag 28. September 1916

43. Jahrgang

Neueste Nachrichten.

Die Gefährdung von Konstanza.

Berlin, 22. September. Von der russischen Grenze wird gemeldet: Der „Nowoje Wremja“ wird aus Bukarest telegraphiert: Der rumänische Kriegshafen Konstanza erscheint durch die letzten Operationen bedroht. Die Flotte hat den Hafen verlassen und sich in die Donaumündung zurückgezogen. Trotzdem werden die Kriegsschiffe, falls es erforderlich sein sollte, an den Kämpfen von der See aus teilnehmen. Aus der Stadt werden große Getreidemengen fortgeschafft, doch erscheint es fraglich, ob es gelingen wird, sämtliche Vorräte zu bergen, da ein beträchtlicher Mangel an Transportmaterial herrscht. Es kann heute mit Bestimmtheit noch nicht gesagt werden, ob sich die Linie der Trajanswälle halten lassen werde.

Zilipescu verlangt die Räumung Siebenbürgens.

Zilipescu weist in der „Epoca“ auf die zunehmende Gefahr der Isolierung der Dobrußtscha von Rumänien hin und greift die rumänische Heeresleitung trotz der Beschwichtigungsnoten der offiziellen Presse an. Es sei unsinnig, zu behaupten, die Dobrußtscha wäre nicht so wichtig, daß darüber wichtigere Maßnahmen vernachlässigt würden. In der Dobrußtscha liegt der Ruhm des rumänischen Heeres verkörpert. Vielleicht sei es doch zweckmäßiger, die Beute in Siebenbürgen vorderhand fahren zu lassen, um wenigstens den Rücken frei zu bekommen.

Günstige Entwicklung der Kämpfe an den bulgarischen Fronten und in Rumänien.

Sofia, 23. September. Die Kämpfe in der Dobrußtscha entwickeln sich durchaus günstig. Die Lage wird voll Zuversicht beurteilt.

Ein heftiger Angriff der Salonikitruppen gegen Florina und den Gipfel Kaimakalim wurde blutig zurückgeschlagen. Die Russen und die Serben erlitten große Verluste. Das französische Infanterieregiment Nr. 75, das sich sehr tapfer schlug, wurde gänzlich aufgerieben.

Zürich, 22. September. Der „Tagesanzeiger“ schreibt: Die stetige Verbesserung der Lage der Deutschen und Bulgaren in Rumänien geht aus der Tatsache hervor, daß die vor zwei Wochen noch umfassende Ausdehnung der Angriffsfront von 120 auf 50 Kilometer verringert ist, so daß beträchtliche Streitkräfte zum Donauübergang oder zu anderer Verwendung frei werden.

In Petrozseny sind die Bergwerke unversehrt.

Selbstverständlich hat es am meisten interessiert, zu wissen, ob die Bergwerke in Petrozseny durch die Rumänen ruiniert wurden oder nicht. Es kann mit Freuden gemeldet werden, daß die Gruben ausnahmslos alle unversehrt geblieben sind. Weder in den Stollen, noch in den Maschinenräumen, noch an den Maschinen selbst haben die Rumänen Schaden angerichtet. Es scheint als ob sie nicht mehr Zeit gehabt hätten Schaden anzurichten. Sowohl aus den Berichten der zu den Gruben-Bataillonen gehörigen Arbeiter als auch aus der flüchtigen Inaugenscheinnahme hervorragender Fachgelehrter geht hervor, daß kein Schaden zu verzeichnen ist.

Die Hauptfrage der Fachleute ist jetzt, die Werke, die nun drei Wochen still stehen, wieder in Betrieb zu setzen. Die erste Arbeit bildet das Herauspumpen des in den Gruben angesammelten Wassers. Dies wird Wochen in Anspruch nehmen. Die zweite wichtige Aufgabe besteht darin, die Kohle weiter zu befördern. Dies kann indessen nur dann geschehen, wenn die durch uns gesprengten Brücken und Eisen-

bahnenteile wieder hergestellt sind. Von großem Vorteil ist es, daß die Tunnel nicht zerstört wurden, und daß auch die zurückgetriebenen Rumänen keine Zeit hatten, sie unbrauchbar zu machen. Die Brücken werden wenn auch vorläufig nur provisorisch bald repariert sein, ebenso die Bahnwege. Tolny Kornel, der Präsidialdirektor der k. u. Staatsbahnen hat mit seinen Ingenieuren schon das nötige veranlaßt, daß man mit dem Transport der Kohle in kurzer Zeit wird beginnen können. Da der Verkehr bis Puj ungestört ist, handelt es sich ja bloß um einige Kilometer und diese werden gewiß rasch fertiggestellt sein.

Kriegstagung des Reichstages.

Wir glauben unsern Lesern, die schon seit geraumer Zeit eines Einblickes in die Verhandlungen unseres Reichstages entbehren, entgegenzukommen, wenn wir ausnahmsweise den Bericht einer solchen Sitzung zum Abdruck bringen. Es wurde dazu die Nachmittags-Sitzung vom 14. d. M. gewählt, die nach vielen Richtungen hin bedeutsame Schlaglichter über die Anschauungen und Bestrebungen unserer leitenden Politiker bringt.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, am 14. September.

Die Nachmittagsitzung nahm den folgenden Verlauf:

Abgeordneter Alexander Gießwein verweist in Verfolgung seiner am Vormittag begonnenen Betrachtungen über die Diplomatie darauf hin, daß man in England parlamentarische Ausschüsse zur Kontrolle der Außenpolitik eingesetzt habe. Auch in Deutschland werden die Fragen der auswärtigen Politik, zwar in vertraulichen Verhandlungen eines Parlamentsausschusses, erörtert, die deutsche Fortschrittspartei fordert ebenso wie unsere Opposition für die Verhandlung der außenpolitischen Fragen ein weiteres Gebiet, die Öffentlichkeit. Bernstein habe die „österreichische Diplomatie“, denn er kennt nur eine solche, trefflich charakterisiert, als er sagte, sie liebe es, die Welt mit fertigen Tatsachen zu überraschen.

Heute gilt es schon vorzubauen, der Restituierung der Kräfte alle Möglichkeiten zu schaffen. Außer den Blutopfern, erforderte der Krieg große materielle Opfer. Die vielen Milliarden müssen irgendwoher beschafft werden. Dazu bedarf man der Friedensarbeit aller Staaten, also in erster Linie eines ständig gesicherten Friedens. In der europäischen Konferenz, die über das neue Europa zu bestimmen haben wird, wird derjenige diplomatische Vertreter mit größerem Nachdruck auftreten können, der sich auf höhere moralische Kräfte stützen kann. Ein Minister des Außern kann sich keinen besseren Hintergrund, als das Parlament Ungarns wünschen. Deshalb soll die Verbindung zwischen ihm und dem ungarischen Reichstag unmittelbar hergestellt werden. Dies bezweckt der Antrag Apponyi, dem Redner gern zustimmt. An die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten gehört ein agiler, moderner Mensch, der die Interessen Ungarns vertreten kann. Die Anträge des Grafen Andrássy und des Grafen Apponyi (sie bezwecken die Einberufung der Delegationen) ergänzen einander, wenn der eine nicht angenommen würde, so soll der andere verwirklicht werden. Es langt jedoch nicht, das wir die Einberufung der Delegationen bloß wünschen, daß es sich dann nach einem halben Jahre herausstelle, daß die Einberufung unmöglich sei. Aus dieser Erwägung leitet Redner seinen Standpunkt ab, daß der Antrag Andrássy nur mit einem Präklusivtermin annehmbar sei, sonst sei der

Apponyische Antrag zweckdienlicher. (Zustimmung links).

Redner nimmt beide Anträge an. (Zustimmung links).

Abgeordneter Josef Sterényi:

Wenn der Feind mit Gottes Hilfe und mit der Unterstützung unserer Bundesgenossen von dem geheiligten Boden Siebenbürgens wieder glücklich vertrieben sein wird, werden wir uns auch noch mit jenen beispiellosen Unterlassungen beschäftigen müssen, die in Siebenbürgen geschehen sind. Niemand möge sich wundern, wenn wir im Tone der Bitterkeit sprechen, heute, wo ein großer Teil Siebenbürgens im feindlichen Besitz ist und wo wir sehen müssen, daß von den siebenbürgischen Abgeordneten der Mehrheitspartei niemand über diese Frage spricht. Das ist keine Frage der Parteistellung, wir wollen, indem wir uns mit ihr beschäftigen, uns keineswegs Verdienste erwerben.

In der Beleuchtung der auswärtigen Politik der Regierung will Redner vor allem der Frage des Bündnisses mit Bulgarien näher treten, in der sich, wie der Herr Ministerpräsident sagte, unsere Diplomatie hervorragende Verdienste erworben hat. Dieser große Erfolg der auswärtigen Politik stammt aus viel weiter zurückliegenden Zeiten. In voller Anerkennung und Würdigung dieses Bündnisses, von dem wir ja die Paralytierung des Siebenbürger Einbruchs erwarten, müssen wir, wenn wir für das Zustandekommen jemand beloben, in historische Zeiten zurückgreifen, dann in die jüngstvergangenheit. Die Grundlage des Bündnisses mit Bulgarien schuf Graf Julius Andrássy der Ältere, als er im Amte des Ministers des Außern anlässlich der Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien die damalige ungarische Regierung aufmerksam machte, daß man eine Wirtschaftspolitik befolgen müsse, mit der wir die Balkanstaaten, diese jungen, unabhängigen Staatsgebilde, anziehen können. Wir wollen es versuchen, sagte Andrássy, diese Staaten durch die Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu gewinnen, sonst werden diese Balkanstaaten in die Arme Russlands, Englands und auch zum Teile Frankreichs gedrängt. Die Nachfolger Andrássys haben sich von dieser Politik losgesagt, sie trachteten, statt der Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den Völkern, die Freundschaft der Fürsten zu gewinnen. Man hat die öffentliche Stimmung der Länder mißachtet und wollte diese Länder bloß durch geschriebene Verträge an Oesterreich-Ungarn ketten. In Bulgarien hat das während der Regierung des Königs Ferdinand das segensreiche Bündnis gezeitigt. Wir hätten aber auch eine politische Richtung inauguriert können, die mit der Politik der Monarchie überhaupt parallel gegangen wäre. Wir haben die Presse des Balkans vernachlässigt, mißachtet. Man möge hier nur an die italienische Presse denken, wie erfolgreich diese den französischen Interessen gedient hat. Wir haben in Rumänien auf diesem Gebiete besonders viel versäumt; die zwei kleinen, bedeutungslosen Blätter, die niemand gelesen hat, zählen nicht.

Die Politik, die zum Bündnis mit Bulgarien geführt hat, die ich nicht genug hoch einschätzen kann, ist, wie gesagt, nicht das Verdienst dieses Auswärtigen Amtes.

Die Fäden unserer Bundesbeziehungen zu Bulgarien reichen in die Zeit der Kaulbarschen Expedition zurück und sie sind auf die damalige Stimmung des bulgarischen Volkes zurückzuführen. Es war eine Folge unserer unrichtigen Balkanpolitik, daß die Balkanvölker sich in die Richtung nach Italien verirren konnten, daß der Balkan-

vierbund zustande kam, dessen Spitze nicht so sehr gegen die Türkei gerichtet war, als vielmehr gegen uns. Wir haben das ja in den beiden Balkankriegen gesehen. Auf die Auflösung dieses Balkanvierbundes ist unser heutiges Bündnis mit Bulgarien zurückzuführen. Die Auflösung ist aber ein Verdienst des Grafen Berchtold. Wäre dies nicht geschehen, wir ständen heute einer ganz anderen Balkanlage gegenüber.

Redner geht nun zu den wirtschaftlichen Momenten über, die die Annahme des Andrássy'schen Antrages notwendig machen. Die wirtschaftliche Eifersucht zwischen England und Deutschland ist bei uns mit viel zu wenig Aufmerksamkeit behandelt worden, wir messen ihr untergeordnete Bedeutung bei und doch wäre es gut, sich mit dem Um und Auf dieser Frage näher bekanntzumachen. Im Monat Juni dieses Jahres hat die Entente in Paris eine Wirtschaftskonferenz gehalten. Wenn sich die Beschlüsse dieser Konferenz nach dem Kriege auch nur zu einem kleinen Bruchteil verwirklichen, so wird das mit der Lahmlegung unseres wirtschaftlichen Lebens gleichbedeutend sein. Besonders drohen uns und Deutschland folgende Punkte der Konferenzbeschlüsse:

Der Punkt 2 bestimmt die Aufhebung der gesamten Handelsverträge mit den feindlichen Mächten. Diesen ist eine gewisse, eigens noch zu bestimmende Reihe von Jahren hindurch die Meistbegünstigung nicht gewährbar. Hierin, führt Redner an, sei der ganze Wirtschaftskrieg enthalten und die bisherige gesammte wirtschaftliche Grundlage werde dadurch über den Haufen geworfen.

Punkt 3 der Konferenzbeschlüsse ist eigentlich eine von England ausgeworfene Lockspeise, um die übrigen Ententestaaten zu ködern. Die Verbändestaaten verpflichten sich nämlich im Sinne dieses Punktes, für die Dauer des Wirtschaftskrieges, einander ihre sämtlichen kommerziellen, industriellen, landwirtschaftlichen und Schifffahrtshilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Vornehmlich ist es Rußland, daß auf diese Art durch England an die Sklavensette geschmiebet werden soll.

Für uns gefährlicher ist schon Punkt 4. Um Handel und Gewerbe zu schützen, beschließt die Konferenz laut dieses Punktes, eine gewisse Zeit lang den Handel der feindlichen Mächte bestimmten Spezialverfügungen zu unterziehen. Das heißt, unverhohlen ausgedrückt, nichts Beringeres als ein direktes Warenverkehrsverbot, eine Maßregelung der Schifffahrt, kurz vollständige wirtschaftliche Isolierung. Das kann uns, die wir wirtschaftlich schwächer sind, einfach erdroffeln.

Punkt 5 besagt: Die Verbündeten werden gemeinsam oder jeder einzeln ein Normativ ausarbeiten, um durch dieses den in den Ententestaaten ansässigen Angehörigen der feindlichen Staatengruppe das Betreiben gewisser kommerzieller und gewerblicher Berufe zu untersagen. Hiedurch, meint Redner, würde der internationale Verkehr völlig aufgehoben. England, Frankreich, Rußland, Italien, Japan, nun auch Rumänien, kurz die halbe Welt dokumentiert so ihren Willen zum Wirtschaftskriege gegen uns nach dem Kriege. Die Gefahr ist also offensichtlich groß genug. Redner zitiert einen Ausspruch Asquiths, der hierauf deutlich hinweist, und führt einen Passus aus einer Rede Briands an, in der es heißt, wenn sich Frankreich schon habe durch den Krieg überraschen lassen, so möge es sich doch wenigstens nicht durch den Frieden überraschen lassen. Redner sagt, schon im Dezember vorigen Jahres und im Juli dieses Jahres habe er im Abgeordnetenhaus auf die Gefahr hingewiesen, die die völlige Entziehung aller Rohstoffe in sich schließt, und die Regierung um Verfügungen diesbezüglich ersucht. Da er keine Erwiderung erhalten habe, erneuert er nun sein Ansuchen. Diese Fragen müssen aber auch in der Delegation aufgeworfen werden können, im Hinblick auf die Beziehungen, in denen sie zu den auswärtigen Angelegenheiten und deren Leiter stehen. Redner ist zwar der Ansicht, daß die durch die Entente geplante Absperrung nicht in ihrer vollen Schroffheit werde durchgeführt werden können — bekanntlich wird nicht so heiß geessen wie gekocht —, halte es aber für äußerst wichtig, daß man sich schon jetzt mit der Frage befasse. Wenn, wie wir hoffen, der Krieg mit unserem und unserer Verbündeten Siege endigt, so bleiben die Beschlüsse der Pariser Konferenz eben auf dem Papier, — aber selbst für diesen Fall müsse Vorsorge getroffen werden und noch vor Friedensschluß müssen unsere wirtschaftlichen Fragen mit unseren Verbündeten, in erster Reihe also mit Deutschland und Bulgarien, völlig bereinigt werden.

Redner betont bei dieser Gelegenheit, er sei für den engsten wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Deutschland, denn hiervon müsse man sich eine vollständige Neugeburt unseres wirtschaftlichen Lebens erhoffen. Wäre eine vollständige Zollunion mit Deutschland möglich, so wäre dies die beste Lösung der Frage. Das sei aber unmöglich, denn es wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe unserer staatlichen Selbstständigkeit. Die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine haben denn auch die Zollunion fallen gelassen und sich für die Idee des Präferenzialverhältnisses ausgesprochen. Redner wäre nicht gegen eine Zollunion, aber nur, wenn zwischen Deutschland und Oesterreich ebenso Zollschranken errichtet werden, wie zwischen uns und Oesterreich. Aber auch das ist nicht möglich.

Abgeordneter Graf Theodor Batthyany (ruft dazwischen): Gott sei Dank!

Abgeordneter Josef Szterenyi: Ich achte persönliche Meinung, gestatte mir aber, bei meiner eigenen zu bleiben. (Fortfahrend): Der „Oberstaat“ Friedrich Naumanns, von dem so viel die Rede sei, bedeute durchaus nicht unsere Unterordnung, wie es der Träger des Ausdruckes selber zuständigst erklärt hat. Unsere gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen knüpfen uns an Deutschland, dem die gleiche Gefahr droht wie uns und den Deutschen Oesterreichs: die Uebermächtigkeit Rußlands. Mit deutscher Förderung könne Ungarn gewaltig erstarken. In dem Bündnisse mit Deutschland werden wir diesem so viel wert sein, wie wir ihm wirtschaftlich bieten können.

Schließlich will sich Redner noch mit der Frage der Heereslieferungen befassen, aber bloß in der Relation, in der sie mit den Delegationen zusammenhängen. An die Stelle unseres heutigen Lieferungs- und Beschaffungssystems müsse ein dem System des preussischen Zentral-Bekleidungsamtes ähnliches treten. Die Anschaffungen hat laut dieses nicht das Militär zu machen, sondern eine eigens zu diesem Zwecke ins Leben gerufene Behörde. Das sollte in der Delegation zur Sprache gebracht werden, ganz abgesehen davon, daß es auch vom Standpunkte der Kriegsführung wichtig ist. Ein anderes Kapitel sei Ungarns quotenmäßige Beteiligung an den Heereslieferungen. Eine Zeitlang ging das in Ordnung, wir hatten der Quote entsprechend unsern Teil an den Lieferungen für das Landheer — für die Marine nicht —, heute aber, da es um Milliardenlieferungen geht, haben wir bei weitem nicht den uns gebührenden Anteil, höchstens vielleicht in bezug auf die Geschloßerzeugung. Das ist nicht die Schuld der ungarischen Industrie, auch nicht die des Kriegsministers. Die ungarische Industrie hätte selbst weit über ihre Kraft hinaus allen an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen vermocht. Daran ist das System schuld, die Planlosigkeit der Verfügungen. Der ungarischen Industrie ist es zu danken, daß die Kampffähigkeit der Armee so groß ist. Redner will Vorkehrungen für die Zukunft und Garantie hiefür in der Delegation haben. Nach dem Kriege werden die Heereslieferungen erhöhte Bedeutung erlangen, denn die Lage wird vom industriellen Standpunkte gesehen nicht eben rosig sein. Alle Arbeit, die wir austeilen werden, wird den Charakter eines Hinüberleitens aus schweren Zeiten tragen, die Zinsenlast unserer Kriegsauslagen allein wird jährlich eine Milliarde betragen, die von uns zu zahlenden Zinsen nach fremden Kapitalien 380 Millionen Kronen, — und erst die ungeheuren Steuerlasten.

Aus all diesen Ursachen schließe sich Redner dem Antrage des Grafen Andrássy an und halte die Einberufung der Delegation für notwendig.

Zum Schluß richte er an den Ministerpräsidenten und die Mehrheit einen Appell:

Seine ständigen Verbindungen mit dem großen Publikum haben ihm eine große Gefahr enthüllt, der die siebenundsechziger Politik infolge der jetzigen Leitung entgegengeht: in den Kreisen, die bisher als die kräftigsten Stützen der siebenundsechziger Politik gelten konnten und gelten, findet die Stimme Armanczy's Widerhall; diese Kreise beginnen die siebenundsechziger Basis zu verlassen und sich dem Radikalismus zuzuwenden. Wenn die Majorität in ihrer bisherigen Haltung verharret, gefährdet sie nicht nur ihre, sondern überhaupt die siebenundsechziger Basis; durch die Politik, die die Regierung heute befolgt, wird nicht nur ihre Partei, sondern überhaupt die siebenundsechziger Politik hinweggefegt werden.

Redner nimmt den Antrag der Grafen Julius Andrássy an.

Graf Theodor Batthyany

begrüßt den Grafen Bela Serenyi, der den Mut hat, für seine Ueberzeugung einzutreten und die Konsequenzen aus seiner Stellungnahme zu ziehen. Dagegen kann er den Vorwurf des Grafen Serenyi nicht billigen, wonach das Parlament und die politischen Parteien mit den sozialen Problemen sich nicht in genügendem Maße beschäftigen. Redner und seine Partei haben stets für soziale und wirtschaftliche Probleme gekämpft. Allein das Parlament kann sich ernstlich mit derartigen Problemen nicht beschäftigen, solange es nicht die wahre Vertretung des Volkes ist. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß Ungarn trotz seiner riesigen Blutopfer nicht die entsprechende Würdigung findet, daß nicht einmal das Versprechen gemacht wird, daß nach dem Kriege die berechtigten nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Wünsche des ungarischen Volkes berücksichtigt werden. Infolgedessen hat Graf Serenyi recht, wenn er meint, daß nach dem Kriege die Gesamtheit der Nation in einem radikalen Lager sich zusammenfinden und unter der ungarischen Trikolore für die heiligen Rechte der Nation mit elementarer Gewalt eintreten wird. Redner polemisiert sodann mit den Ausführungen des Abgeordneten Josef Szterenyi betreffend „Mitteleuropa“ und bedauert, daß Szterenyi seine Ansichten über diese Frage nicht genauer präzisiert hat. Redner erblickt in dieser Idee eine Gefährdung der wirtschaftlichen Interessen Ungarns. Die Propagatoren dieser Idee wollen eine deutsche nationale und wirtschaftliche Expositur in Siebenbürgen errichten und zugleich Ungarn zum reinen Agrarstaat machen, der Oesterreich und Deutschland mit Rohprodukten versehen soll. Für diese wirtschaftliche Perspektive kann Redner sich nicht begeistern. Mit Bedauern muß er feststellen, daß weder der ungarische Ministerpräsident, noch der Minister des Außern, noch die amtlichen Faktoren Deutschlands energisch gegen die Ideen Naumanns Stellung genommen haben. In engem Zusammenhang mit dieser Frage steht auch der wirtschaftliche Ausgleich mit Oesterreich. Wir sehen, daß in Oesterreich gerade diejenigen sich für einen langfristigen Ausgleich einsetzen, die auch eine engere wirtschaftliche Annäherung an Deutschland anstreben. In allen diesen Ideen erblickt Redner eine Gefährdung der wirtschaftlichen und auch politischen Selbstständigkeit Ungarns. (Lebhafter Beifall äußerst links.)

Redner stellt sodann mit Freude fest, daß das Abgeordnetenhaus endlich im dritten Jahre des Krieges seiner Pflicht entspricht, die es vom Kriegsbeginn angefangen hätte erfüllen sollen, nämlich die Tätigkeit der Regierung und der gemeinsamen Minister einer eingehenden Kontrolle zu unterziehen. Die Tatsachen haben den Beweis erbracht, daß die Grundlagen des G.-A. 12:1867 erschüttert sind. In Friedenszeiten haben sich die Delegationen bei rascher Erledigung des Budgets und bei Banketten glänzend bewährt. In diesen kritischen Zeiten, wo die gemeinsamen Angelegenheiten auf der ganzen Linie führen, wo die Existenz der Monarchie auf dem Spiel steht, hat diese Institution vollständig versagt. Wir haben wohl keine Pflichten gegenüber der österreichischen Regierung, allein Pflichten gegenüber dem österreichischen Volk. Es steht fest, daß in Oesterreich eine starke Strömung gegen Ungarn herrscht. Der Ministerpräsident meint, die Approvisionierungsfragen tragen die Schuld daran. Sicherlich haben auch sie dazu beigetragen. Allein die andere Ursache erblickt man in der Person des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisa. Denn ihm schiebt man die Schuld zu, daß der österreichische Reichsrat nicht einberufen wird. Jedenfalls hätte der Ministerpräsident dies durchsetzen können, wenn er es ernstlich hätte haben wollen. Für die Notwendigkeit der Einberufung der Delegationen hat die gestrige Zeitungsaussprache des Ministers des Außern das beste Argument geliefert. Jedenfalls zeigt es sich, daß die gemeinsamen Institutionen in den kritischsten Augenblicken versagen. Es ist die Zeit gekommen, das Programm der Unabhängigkeitspartei, die Personalunion zu verwirklichen.

Redner wendet sich dann den Fragen der auswärtigen Politik zu und weist darauf hin, daß er und seine Gesinnungsgenossen vor dem Krieg gegen den Dreibund waren. Sie erblickten in dem Drange Deutschlands nach Osten, in dem Pangermanismus eine Gefährdung der ungarischen Selbstständigkeit. Jedenfalls ist diese Frage diskutabel und er brachte stets die größte Hochachtung den Männern entgegen, die in dieser Frage der entgegengesetzten Ansicht waren. Einer ganz anderen

Beurteilung unterliegt die italienische und rumänische Gefahr. Redner war überzeugt, das Italien die erste Gelegenheit ergreifen wird, um die Monarchie zu überfallen. Er hat dieser seiner Befürchtung wiederholt Ausdruck verliehen. Noch mehr wunderte er sich aber über die Naivität, mit der wir die rumänische Frage behandelt haben. Die Tatsachen haben seine Befürchtungen leider gerechtfertigt. Redner wünscht sodann Aufklärung über die Ziele des Krieges. Er weiß, daß wir die Integrität unseres Landes schützen. Wir dürfen uns damit aber nicht begnügen, sondern wir müssen auch dafür sorgen, daß wir die Mittel und Kräfte erlangen, die zur Entwicklung unserer Zukunft notwendig sind.

Redner spricht sodann eingehend über die polnische Frage. Diese Frage muß jetzt entschieden werden; wir müssen diesbezüglich ein fait accompli noch vor dem Friedensschluß schaffen. Ungarn hielt es stets für seine Pflicht, für die Autonomie Polens einzutreten.

Als in den ersten Monaten des Krieges unsere Armeen die Grenzen Russisch-Polens überschritten hatten, richteten sowohl die deutschen als auch die österreichisch-ungarischen Heerführer Proklamationen an die polnische Nation, in denen sie ihr die Befreiung des Polenvolkes versprochen. Und diese im Namen der Nationen erteilten Versprechungen einzuhalten, ist nicht nur moralische, sondern auch Ehrenpflicht. Und die Erfüllung dieser Pflicht haben vom ungarischen Parlament dreißig Municipien erbeten. Die so wichtige Polenfrage muß hier im Hause Widerklang finden, und Redner ersucht alle kompetenten Faktoren, sich auf jenen höheren Standpunkt zu stellen, von dem allein die Probleme der Zeit nach dem Kriege beurteilt werden dürften. Von diesem Standpunkte bedauert Redner es lebhaft, daß das besetzte Gebiet Russisch-Polens administrativ in zwei Teile geteilt wurde. Redner beleuchtet ausführlich die Lage der Polen in Oesterreich, Deutschland und Rußland und kommt zu der Konklusion, daß nach dem Kriege das alte unabhängige, nationale Polenreich als Bollwerk gegen den Panславismus, gegen die russische Gefahr errichtet werden müsse. Ein unabhängiges Polenreich, und nicht etwa ein an Deutschland gegliederter Bundesstaat.

Redner geht zum Schlusse nochmals auf die beiden Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi über. Die Siebenbürger Ereignisse haben ihn nur in der Auffassung bestärkt, daß jene Männer, die diese traurige Lage unmittelbar oder mittelbar verschuldet haben, ihren verantwortungsvollen Platz verlassen. Er fordert deshalb, daß der Minister des Außern, der Ministerpräsident, der Kriegsminister und jene Heerführer, die die Verteidigung Siebenbürgens unterlassen haben, ihre Plätze räumen. Redner übt Kritik an der öffentlichen Tätigkeit des Barons Burian, dem er Störrigkeit und Kleinlichkeit vorwirft. Die zahlreichen, allgemein bekannten Fehler des Ministers des Außern lassen es als notwendig erscheinen, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Besonders schwerwiegend seien die betreffend Siebenbürgen begangenen Fehler. Wer sich so benimmt, wie Baron Burian, kann ein guter Bureaucrat sein, eignet sich aber nicht für den Platz, den er einnimmt.

Redner befaßt sich hierauf mit der Frage der Reorganisierung der Armeeführung. Was das siegreiche Deutschland im Verlaufe des Krieges nunmehr schon zum dritten Male getan: das könnte wohl auch unsere Armeeführung wenigstens einmal versuchen. Nach den zahlreichen, verhängnisvollen Fehlern ist eine Personaländerung in der Heeresleitung unerläßlich notwendig. Die Armeeführung, die solche Fehler begangen, darf kein Vertrauen vom Volke erwarten — sie hat nur noch die eine Pflicht, geeigneteren Kräften den Platz zu räumen. Dasselbe gilt vom Ministerpräsidenten, der in Siebenbürgen die Ereignisse so weit kommen ließ. Nach Siebenbürgen aber mögen nicht deutsche, nicht österreichische, sondern ungarische Soldaten gesendet werden; diese würden schon den heiligen Boden ihres Vaterlandes vom Feinde säubern. Redner nimmt die Anträge an. (Lebhafte Beifall links.) (Schluß der Sitzung.)

Tagesberichte.

(Deutsche Truppen.) Durch unsere Stadt marschierten gestern deutsche Truppen. Sie hielten auf dem großen Ring eine mehrstündige Kafi, von der rasch zuströmenden Bevölkerung freudig begrüßt und reich mit Blumen,

Lebensmitteln, Zigarren und Getränken beschenkt und bewirtet. Ein froh gegebener und entgegenkommener Willkommgruß. Er galt den tapfern Verbündeten unserer Armee, die mit ihren frischen, jungen Gestalten, mit ihrem siegesfrohen Auftreten alles Bangen scheuchten, das uns in diesen schweren Tagen belastet hat. Fester Tritt und — gute Zucht. Aber er galt auch den deutschen Brüdern.

Und sie sangen deutsche Lieder: „Die Wacht am Rhein,“ „Deutschland über alles,“ „Deutschland hoch in Ehren,“ „Wir treten zum Beten,“ „Morgenrot.“ Einer von ihnen dankte in kräftiger Rede, sie seien ganz entzückt von der Schönheit der Landschaft und der herzlichen Freundlichkeit der Bewohner. Nun wüßten sie, warum sie ihre Haut hieher zu Markt gebracht. „Es gibt das Herz, das Blut sich zu erkennen.“ — Auch wir grüßen sie und sehen die Zukunft hell.

(Andrássy und Karolyi in Wien.) Dem „Ezt“ meldet sein Berichterstatter am 24. d. M. Gestern kam Graf Andrássy in Wien an und nahm im Hotel Bristol Quartier. Unmittelbar nach seiner Ankunft, abends 11 Uhr reiste Graf Karolyi aus Wien ab, der den gestrigen Tag hier zugebracht und mit mehreren österreichischen Politikern gesprochen hat.

(Reisebewilligungen nach Siebenbürgen.) Seitdem die rumänische Invasion zum Stillstand gebracht ist und auch die Gefahr für die bedrohten Gebiete beseitigt ist, einzelne Gegenden sogar befreit sind, wollen von Budapest sehr viele von den siebenbürgischen Flüchtlingen nach Hause. In der Passabteilung der Oberstadthauptmannschaft in Budapest ist der Verkehr ein außerordentlich großer. Täglich verlangen 5—600 Flüchtlinge eine Reisebeglaubigung um nachhause reisen zu können; meist Seelsorger und Lehrer, die in ihre verlassenen Gemeinden zurückkehren wollen.

(Die fünfte österreichische Kriegsanleihe.) Aus Wien wird geschrieben, daß die Kriegsanleihe-Kommission vor einigen Tagen eine Sitzung abgehalten hat, in welcher sie über die Modalität und über den Zeitpunkt der nächsten Kriegsanleihe Beschlüsse gefaßt hat.

(Schrappnelltreffer.) An jenem Unglücks-Freitag den 1. September, an welchem unsere Stadt das Ziel der rumänischen Kanonen bildete, ist eine Anzahl von Gebäuden getroffen worden, doch ist die Beschädigung an allen erfreulicher Weise nicht groß. So ist ein Schrapnell mitten durch den First des alten Korpskommandogebäudes geflogen. Wahrscheinlich, pläzte dasselbe bald darauf, denn zwei Stücke davon schlugen in das Dach der Spartassa zwei Löcher. Auch in das Dach des Nationsuniversitätsgebäudes schlug ein Geschöß; ferner durchbohrte ein solches im Staatsgymnasium über einem Fenster des zweiten Stockwerkes die Mauer. Auf dem großen Ring ward noch das Reisenfelsche Institutshaus neben dem Ratturm mit einem Treffer bedacht. Ebenso wurde das Dach des Chores der evangel. Stadtpfarrkirche getroffen, doch wurde das Gewölbe nicht beschädigt. Gleichfalls erhielt der Chor der Johannisikirche einen Schuß, aber hier wurde die Mauer dicht neben einem Chorfenster, das nur wenig gelitten hat, durchschlagen. Vermutlich hat dieses Geschöß, ehe es in die Kirche niederfuhr, zwei Häuser der Hechtgasse gestreift und beschädigt. Weiter bekam der Hoftrakt des Hauses Reisenfelsgasse Nr. 7 einen Treffer, die Hager'sche Bierbrauerei aber gleich deren drei. Ebenfalls mehrermals wurde die Landesirrenanstalt getroffen, ferner ein Haus in der Fabrikgasse, zwei Häuser auf der Großen Bach und eines in der Annagasse. Dann wurde das Dach der Teil'schen Villa in der Friedensstraße durchschlagen. Auch das Kanäleigebäude der Schenker'schen Spiritusbrennerei in der Rosenfeldgasse erhielt einen Schuß; daß Schrapnell durchbohrte die Mauer zwischen zwei Fenstern und machte in dieselbe ein etwa kopfgroßes Loch ohne die Fenster zu beschädigen. Am 13. September nachmittag beschossen rumänische Geschütze die Eisenbahnstation Fabrikstadt, wobei sich drei Geschöße auf die Conrad'sche Wiese verirrten und dort Dachschäden verursachten. Durch mehrere Tage wurde auch der Hauptbahnhof beschossen, aber es wurde glücklicherweise auch dort sehr wenig Schaden angerichtet.

Die letzte Beschießung erfolgte am 20. d. M. vormittags 11 Uhr. Den Zielpunkt bildete diesmal ganz ohne Zweifel die evang. Stadtpfarrkirche. Dieser altherwürdige Bau erhielt an diesem Tag

etwa acht Treffer, von denen einer den vierten Westgiebel durchbohrte, das Kirchengeschöß und der Turm bekamen die übrigen Geschöße ab. Ein Schrapnell pläzte im Hof des Nationsuniversitätsgebäudes. Ueber die Wirkung dieses Geschößes haben wir schon berichtet. Von dem Gebäude der Bodenkreditanstalt riß ein Schuß ein etwa drei Quadratmeter großes Stück des Blechdaches fort. Ein zweites Geschöß schlug ein Loch dicht neben einem Fenster des ersten Stockwerkes und zertrümmerte einige Möbel im Amtszimmer. Die traurigsten Folgen hatte ein Schrapnell, das vor dem Gebäude gegen die katholische Kirche zerpläzte, da seine Sprengstücke zwei junge Menschenleben vernichtete. In den Asphalt riß dieses Geschöß nur ein etwa faustgroßes Loch; seine Kugeln aber durchlöchernten den eisernen Kolladen und die dahinter befindliche Spiegelscheibe eines Fensters der Wechselstube, durchflogen die ganze große Wechselstube und schlugen noch in die am andern Ende befindliche Glaswand Löcher. Auch einige Häuser in der Unterstadt wurden bei dieser Beschießung leicht beschädigt. — Wie schon erwähnt, sind sämtliche Beschädigungen leichter Natur, was wohl nur dem Umstande zu verdanken ist, daß die Rumänen über keine großen Geschütze verfügten.

(Die deutschen Ueberzeppeline.) Die deutschen Zeppelinangriffe auf England werden von den Engländern in der Regel in ihrer Wirkung als harmlos dargestellt. War auch die Wirkung eine verheerende, wird immer nur geringer Sachschaden und die Verwundung etlicher Personen gemeldet. Erst später, wenn parteilose Augenzeugen über die schrecklichen Verwüstungen der deutschen Luftriesen berichten und im Parlament, wo die Censur eine Mundsperrung nicht vornehmen kann, wird die Wahrheit bekannt und die Tatsache festgestellt, daß die Engländer heillosen Respekt haben vor den Luftangriffen der Deutschen, die durch ihre Zeppeline den Engländern alles heimzahlen, was diese gegen die Menschlichkeit des Kriegführens verbrochen haben und noch verbrechen. Auch für die mundvollen Drohungen der Engländer über die Vernichtung Deutschlands nehmen die Deutschen durch ihre Luftangriffe Revanche und so ist die Zeppelinplage die schwerste Noth, die der Krieg über die sich anfangs unzugänglich fühlenden Engländer gebracht hat. Im englischen Parlament ist immer wieder von der Zeppelingefahr die Rede und zahlreiche Reden sind in beiden Häusern verklungen, die über die Unzulänglichkeit der Abwehrvokehrungen zu klagen haben. Es ist daher kein Wunder, wenn sich die Engländer für Zeppeline interessieren und schon heute wissen, daß die Deutschen, von den bisherigen großen Resultaten nicht befriedigt, ihre Luftkraft durch neue riesenhafte Zeppeline, die Ueberzeppeline, noch zu erhöhen entschlossen sind. Von diesen Ueberzeppelinen war auch in einer der letzten Versammlungen in Bury St. Edmunds die Rede und Lord Montagu ließ sich über die neuen Luftungeheuer aus, mit denen Englands Hochmuth gezüchtigt werden soll. 35 solcher Luftriesen hat Deutschland im Bau, die sich durch große Geschwindigkeit und Tragfähigkeit, durch einen weiten Flugradius und Steigfähigkeit auszeichnen. Sie sind 780 Fuß lang und 80 Fuß breit und haben einen Inhalt von etwa zwei Millionen Kubikfuß. Ihre Höchstgeschwindigkeit ist 65 Meilen in der Stunde, ihr Radius beträgt bei Halbbladung 3000 Meilen von ihrem Stützpunkt. Sie können fünf Tonnen Bomben mitführen. Die Maschinen haben über 15,000 Pferdekräfte. Die Zeppeline können 17,000 Fuß hoch steigen. Ihre Bewaffnung besteht in Maschinengewehren und Schnellfeuergeschützen. Nun wissen es die Engländer, wessen sie sich zu versehen haben und gestehen es sich kleinlaut ein, daß in England gegen dieses Kriegsübel noch immer kein Kraut gewachsen ist.

(Im U-Boot.) Ein Teilnehmer an mehreren U-Boot-Fahrten erzählt in der Berliner „Post“: Bekannt genug ist es ja, daß das Hauptmerkmal des U-Boot-Lebens die Eng. ist. Wenn man aber einige Zeit darin haust, erscheint einem das gar nicht so schlimm. Im allgemeinen dürfte ein mittelmäßig großer Unterstand freilich bedeutend geräumiger sein als der Raum der hier einem Duzend Menschen als Schlaf- und Wohnraum, als Feldküche und außerdem noch als Torpedoraum dient. Daneben, nur durch einen Vorhang getrennt, liegt der Wohnraum der Offiziere, etwa zwei Meter lang und nicht ganz so hoch gerade so breit, daß zwischen den beiden Schlaffsofas ein Tisch Platz findet. So weit also ganz bequem für diese drei Herren, nur müssen sie sich's gefallen lassen, daß jeder von uns, der in den Maschinenraum will, bei ihnen durchgeht

und ihnen auf den Pedalen herumtrampelt. Und das mit den schweren Seestiefeln, die wir hier ständig tragen. Aber daran gewöhnt man sich. Im Boot herrscht natürlich keineswegs stets vorzügliche Luft. Es läßt sich Petroleum-, Schmieröl- und etwas Benzingeruch feststellen, abgesehen von diesen Beimengungen aber ist die Luft ziemlich rein. Manchmal ist sie freilich etwas dicklich, man könnte sie ganz gut in Stücke schneiden und einem anderen an den Kopf werfen, aber das wäre gegen die Kameradschaft, das tun wir nicht. Das Essen ist im allgemeinen sehr gut und wäre noch besser, wenn es keinen Alarm gäbe. Alarm heißt: alle Mann auf Tauchstationen. Und dieser Alarm hat die schon von Fr. Th. Wischer gewürdigte Tücke des Objekts in vollstem Maße. Mit Vorliebe kommt er mittags wenn man gerade essen will. Tränenden Auges sieht man den dampfenden Hammelkohl, oder was es sonst für Herrlichkeiten gibt, kalt und immer kälter werden; wenn er die größtmögliche Annäherung an den absoluten Nullpunkt, die praktisch zu erreichen ist, erreicht hat, dann kann man gewöhnlich essen. Gerne kommt der Alarm auch zu Zeiten, wenn man im tiefsten Schlafe liegt, dann rattern die Klingeln los, und automatisch springt man aus der Koje auf seine Tauchstation. Das Schlafen ist ja auch eine sehr nützliche Beschäftigung, insofern, als man dabei nicht friert, denn im Wohnraum ist es oft sehr kalt. Zwar hat jeder Mann seine elektrische Heizkörper, aber sie werden vorwärts halber gerne auf der Werft abgegeben, erstens sind sie dort vollkommen sicher vor Beschädigungen, und zweitens verbrauchen sie keinen Strom. Wer friert, kann ja in den Maschinenraum gehen, dort ist es meist warm genug, genügt das noch nicht, so kann er sich auf den Dieselmotor setzen und den Indikatorhahn öffnen, die 15 Zentimeter lang herausschlagende Stichtlamme wird ihm schon genügend einheizen. Daran, daß man tage- und wochenlang nicht aus dem Zeug herauskommt und sich nur noch in der Erinnerung wäscht, gewöhnt man sich schließlich, weniger angenehm ist es, daß man die ganze Zeit über dem blauen Zeug auch noch das Lederzeug tragen muß. Das haben die Militärsoldaten nicht nötig und das macht sehr viel aus. Am Ende einer langen Fernunternehmung hat man dann auf allen sichtbaren Körperteilen so eine dicke Dreckschmiere, in die man ganz bequem Schützengräben bauen könnte. Dabei verliert man aber durchaus nicht seinen Appetit. Das Leben in den wachfreien Stunden ist recht vergnügt, der Humor geht uns so bald nicht aus, ebenso wenig wie das Grammophon aufhört zu spielen. Wenn das Boot ausgetaucht fährt, geht man, gern an Deck, um sich den Seewind um die Ohren pfeifen zu lassen, der besorgt das gewöhnlich so energisch, daß man froh ist wenn man wieder herunter kommt. Man freut sich, wenn man in den Hafen und freut sich, wenn man wieder ausläuft, weil man doch immer wieder hofft, daß einem was vor's Rohr kommt. Dann ist doch die Mühe nicht umsonst gewesen.

(Geschoss-Verschwendung.) Nach Schätzung eines englischen Kriegsberichterstatters hat die englische Artillerie an der Somme Front seit Beginn der Offensive bis vergangenen Freitag 12 Millionen Geschosse abgefeuert.

(„Untersee-Blau“.) Die deutsche Farbenindustrie hat unbestritten den ersten Platz in der Welt. Aber die Amerikaner haben die neueste Farbe entdeckt, oder wenigstens eine neue Bezeichnung; denn, sieht man näher hin, so ist es doch wieder „made in Germany“. Eine Lederfabrik in den Vereinigten Staaten hat sich einen Anteil an den von der „Deutschland“ hinübergebrachten Farben gesichert und kündigt nun ein in besonderem Blau gefärbtes Leder zum Verkauf an, das sie zu Ehren der seemannischen Tat des Kapitäns König „Untersee-Blau“ nennt.

(Hebungsversuche gesunkener Kriegsschiffe.) In Schweden hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet, die unter anderem ein 240 Jahre altes Kriegsschiff vom Meeresgrunde heben will. Dieser Anregung ist nun, wie das „Svenska Dagbladet“ berichtet, auch der Direktor der Norwegischen Bergungsgesellschaft gefolgt. Er beabsichtigt, das vor der Zollstation von Fredrikstadt gesunkene schwedische Kriegsschiff „Stenbocken“, das 1716 in der Schlacht bei Dynekilen von Tordenskjöld als Prise genommen wurde, zur Hebung zu bringen. Vor einigen Jahren sah man bei sehr niedrigem Wasserstande die oberen Teile des Schiffes über dem Wasser, und man konnte feststellen, daß das Holz sehr gut erhalten war.

(Die Wirkungen von Kriegsbildern auf die Kinderseele.) Interessante Unter-

suchungen über die Wirkung von Kriegsbildern auf die Kinderseele hat der Leipziger Pädagog und Experimentalpsycholog Rudolf Schulze angestellt, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, wissenschaftliche Beweise über die Regungen der deutschen Kinderseele im Kriege zu sammeln. Schulze hielt, wie der Bessischen Zeitung über diese Experimente aus Leipzig geschrieben wird, Kindern Kriegsbilder aller Art vor und ließ die Kinder während der Bildbetrachtung photographieren, ohne daß sie es merkten. Die Bilder betrafen alle möglichen Kriegsergebnisse. So auch über ein sinkendes englisches Schiff. Auf den Gesichtern der englischen Soldaten ist deutlich zu lesen, mit welchen Gefühlen sie dem sicheren Tode in den Wellen entgegengehen. Die Photographie, die Schulze aufnehmen ließ, zeigt dazu auf den Gesichtern der Kinder ein tiefes Mitgefühl, genau wie beim Anblick sterbender deutscher Soldaten. Die Feststellungen des Leipziger Psychologen werden später der Öffentlichkeit übergeben werden.

(Churchills Erfindung.) Das Panzer-Landschiff. „Est“ läßt sich aus Rotterdam berichten: Lloyd-George erklärte gestern einem Berichterstatter, daß das Panzer-Landschiff eine Erfindung Churchills sei. Dieser hat sich schon früher mit dem Plan eines solchen beschäftigt und die Aufmerksamkeit des Lloyd-George darauf gelenkt, als dieser Munitionsminister wurde.

(Forschungsreisen während des Krieges.) Eine Untersuchung der Wirkungen des Weltkrieges auf die Zahl und die Ausdehnung der Forschungsreisen in verschiedenen Weltteilen ergibt die im ersten Augenblick erstaunlich scheinende Tatsache, daß auch während des Krieges eine rege Tätigkeit auf diesem für Wissenschaft und Industrie so wichtigen Gebiete zu verzeichnen ist. Trotz der Juan-spruchnahme der meisten Interessen für den Krieg selbst und seine direkten Begleitererscheinungen und trotz der Erschwerung des Verkehrs, ganz besonders der Seefahrt, wurden und werden auch zur Kriegszeit eine Zahl wichtiger und schwieriger Forschungsreisen vorgenommen. Diese Reisen fanden zum Teil trotz des Krieges statt, zum Teil aber sind sie auch aus verschiedenen bisherigen Ergebnissen des Krieges selbst hervorgegangen. Die Besetzung Serbiens hat zu neuen Forschungen des Landes durch die Wiener Akademie der Wissenschaften Anlaß gegeben. Diese Forschungen beschränkten sich aber nicht auf das serbische Gebiet, sondern lenkten das Augenmerk auf alle während des Krieges unter österreichischer Verwaltung stehenden Gebiete der Balkanhalbinsel, um diese bisher vernachlässigten Länder so schnell wie möglich durch Erschließung ihrer Hilfsmittel auf bessere Stufe zu bringen. So begab sich der Botaniker Dr. Dörfler nach Stutari, zum Studium der Pflanzenwelt der nordalbanischen Alpen; die Tierwelt im Gebirge des ehemaligen Sandschak Kowibazar wird durch den Zoologen Dr. A. Penzler untersucht, und der Hochkommer diente zur geologischen Aufnahme noch unbekannter Teile von Nord- und Mittelalbanien. Eine größere Expedition hat bereits am 22. Mai dieses Jahres Wien verlassen, um sich in den besetzten Gebieten von Serbien, Albanien und Montenegro mit archäologischen, prähistorischen, ethnographischen, sprachlichen und bibliographischen Forschungen zu befassen.

(Der Schrei nach dem Parlament.) Durch die rumänische Presse geht als eine Folge der bisherigen Niederlagen der Schrei nach dem Parlament. „Dimineata“ schreibt: „Wenn auch allgemein die Ueberzeugung vorherrscht, daß die gegenwärtigen Mißerfolge nur einen zeitweiligen Charakter besitzen, ist es dennoch zweifellos, daß sie sich hätten vermeiden lassen. Unsere Regierung hat mit der ihr eigenen Geheimtuererei durch 25 Monate den Krieg vorbereitet und hat an die Hauptfache vergesen, an den Schutz der strategisch wichtigsten Südfrent. Sie hat zwei Jahre gewartet, um im entscheidenden Augenblick loszuschlagen. Dadurch hatte sie das Land statt eines mühelosen Siegeszuges einer gefährlichen Krise ausgesetzt. Das Volk hat zur Regierung nicht mehr ausreichend Vertrauen und fordert gebieterisch die Einberufung des Parlaments, damit es ein Strafgericht über die Schuldigen halte. Die Regierung scheint nur für die Begrüßungstoaste zu leben. Die wichtigste Frage wurde vergessen. Das Agrar Syndikat sammelte nicht rechtzeitig die Ernteergebnisse. Privatim wird allgemein erklärt, daß die diesjährige Ernte kümmerlich war. Die Maisernte verdirbt völlig, die Weizenernte ist selbst für den eigenen Konsum zu gering. Mit der Umwandlung der Industrie zur Munitionsfabrikation wurde noch nicht begonnen. Die Regierung hat nur

akademische Gesetzesvorlagen ausgearbeitet. Darum fordert alles die Einberufung des Parlaments. Nur das Parlament kann uns retten — das ist die allgemeine Meinung.“

„Pester Lloyd“.

(Das Schulwesen im Okkupationsgebiet.) Nach einem in polnischen Blättern erschienenen Bericht nimmt die Entwicklung des Schulwesens im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet einen erfreulichen Fortgang. An allen Volksschulen des Okkupationsgebietes wurde der Jahresluß in Anwesenheit des Ortschulrates, der Eltern, der Vertreter des Kommandos, der Gemeinden, der Geistlichkeit und der Bürgerchaft feierlich begangen. Von vielen Gemeinden wurde der Militärverwaltung der öffentliche Dank für die Förderung des polnischen Schulwesens ausgesprochen. Die Behörden sehen eine weitere bedeutende Entwicklung des Volksschulwesens im nächsten Schuljahr voraus. In dem bisher rückständigen Bezirk Zamosc wurde von den Gemeindevorstellungen in den letzten zwei Wochen die Errichtung von 116 neuen Schulen beschlossen.

(Zur Lage der evangelischen Kirche in Rußland.) Das russische Ministerium des Innern erwog vor einiger Zeit die Reform der evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland. Nach der letzten Volkszählung wohnen im russischen Reiche mit Ausnahme Finnlands 3,743.209 Protestanten, Deutsche 1,680.329. Wären alle Deutschen Protestanten, so würden sie 45 Prozent von der Gesamtzahl bilden. In Wirklichkeit gehören viele zur katholischen Kirche oder zu verschiedenen Sekten. Angesichts der in den Ostprovinzen herrschenden Verhältnisse, beabsichtigt das Petersburger Ministerium, das evangelisch-lutherische Bekenntnis von der deutschen Fürsorge zu befreien, und will dieses Projekt der Reichsduma noch in dieser Session vorlegen. Nach der Meinung der „Birschewija Wjedomosti“ wird sich in der Duma dafür keine Mehrheit finden, da die Duma mit einer Reihe sehr schwieriger innerer Angelegenheiten beschäftigt und nicht geneigt ist, sich in kirchliche Angelegenheiten zu mischen.

(Neugestaltung der osmanischen Gesetzgebung.) Wie die amtlichen Mitteilungen der Konstantinopler Rechtsfakultät berichten, wurde zur Vervollständigung, Abänderung und Reform der Sammlung der gesetzlichen Bestimmungen des unter dem Namen Medjedje, der Grundlage des heiligen Scheriatrechtes, bekannten bürgerlichen Gesetzbuches gemäß den gegenwärtigen Kulturerfordernissen im Justizministerium unter dem Vorsitz des früheren Justizministers Medjmed Din Mollah ein Ausschuß eingesetzt, dem u. a. die Abgeordneten und Professoren Seid Bey und Seid Hachim Bey, die jüngst mit der Abordnung des türkischen Parlaments Berlin besucht hatten, sowie Professor Nord angehören. Der Ausschuß begann seine Arbeiten am 22. Juni mit einer Ansprache des Ministers des Außern und zeitweiligen Justizministers Halil Bey. Ein anderer Ausschuß unter dem Vorsitz des Abgeordneten Machmud Effad Effendi wurde zur Ausarbeitung des noch nicht kodifizierten Familien- und Personenrechts eingesetzt. Ein dritter Ausschuß unter dem Vorsitz des ehemaligen Arbeitsministers Haladjian ist für die Vorbereitung eines Gesetzes bestimmt, das das Handelsgesetzbuch gemäß den Erfordernissen der Gegenwart abändern soll. Auch dieser Ausschuß hat seine Arbeiten nach einer Ansprache des Ministers Halil Bey begonnen. Die geplante Neugestaltung der osmanischen Gesetzgebung ist eine dringende Notwendigkeit für den geistigen und wirtschaftlichen Anschluß der Türkei an das Abendland.

Anzeigen.

Das Handarbeitsgeschäft Susi und Hermine Connert

ist von 9—11 und von 3—5 Uhr geöffnet. 39420 3—3

Buchdruckereiarbeiten

in beschränktem Umfange übernimmt zur Anfertigung die 39416

Buchdruckerei Jos. Drotleff.

Für die Schriftleitung: Josef Paschel.

Verlag der Siebenbürgisch-deutschen Verlags-Aktiengesellschaft. — Druck von Jos. Drotleff, Hermannstadt.